

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bezirksvertretung Dornberg	21.11.2024	öffentlich
Bezirksvertretung Jöllenbeck	21.11.2024	öffentlich
Bezirksvertretung Schildesche	28.11.2024	öffentlich
Stadtentwicklungsausschuss	10.12.2024	öffentlich

<p>Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)</p> <p>Umsetzung Mobilitätsstrategie hier: Erstellung einer Machbarkeitsstudie für Stadtbahnverlängerungen Bielefelder Norden</p>
<p>Betroffene Produktgruppe</p> <p>11.12.04 ÖPNV</p>
<p>Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen</p> <p>keine</p>
<p>Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan</p> <p>Planungskosten in Höhe von 300.000 € Partizipation / Öffentlichkeitsbeteiligung 16.000 €</p>
<p>Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)</p> <p>Rat der Stadt Bielefeld, Top 25, Drucksache Nr. 2581/2020-2025</p>
<p>Beschlussvorschlag:</p> <p>Die Bezirksvertretungen Jöllenbeck, Dornberg und Schildesche empfehlen, der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:</p> <ol style="list-style-type: none"> Die Verwaltung wird beauftragt, eine Machbarkeitsuntersuchung zur Erweiterung des Stadtbahnnetzes in Richtung Norden in Zusammenarbeit mit moBiel und einem externen Gutachter zu erarbeiten. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Erstellung der Machbarkeitsstudie ein Partizipationsverfahren in Anlehnung an die Beteiligungsformate der Machbarkeitsuntersuchung zur Stadtbahnverlängerung in Richtung Hillegossen zu konzipieren und durchzuführen.
<p>Begründung:</p> <p>Der Rat der Stadt Bielefeld hat mit dem Beschluss des 3. Nahverkehrsplanes (NVP) im Dezember 2021 (2581/2020-2025) grundlegende Entwicklungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mehrheitlich beschlossen. Ein wesentlicher Fokus zukünftiger Planungen im ÖPNV liegt u.a. auf der Erweiterung des vorhandenen Stadtbahnnetzes. Durch das heute schon gut ausgebaute Stadtbahnnetz und den derzeit in der Planung (Stadtbahnverlängerung Sennestadt, Hillegossen) bzw. in Umsetzungsmaßnahmen (Hochschulcampus Linie 4) befindlichen Vorhaben sind wesentliche Grundlagen für die Umsetzung der Mobilitätsstrategie bereits vorhanden.</p>

Aufbauend auf dem Status Quo plant die Verwaltung zusammen mit der moBiel GmbH die Erstellung einer weiteren Machbarkeitsstudie zum Ausbau der Stadtbahninfrastruktur. Im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie ist beabsichtigt, die technische und wirtschaftliche Machbarkeit der Stadtbahnverlängerungen der Linie 1 ab Schildesche, der Linie 3 ab Babenhausen Süd sowie die Verbindung der Linie 3 (Babenhausen Süd) und Linie 4 (Schloßhofstraße) gutachterlich zu überprüfen.

Verlängerung der Linie 1: Im Rahmen der Machbarkeitsstudie soll überprüft werden, inwieweit eine Stadtbahnerweiterung in Richtung Vilsendorf/Jöllenberg realisiert werden kann. Auch werden die baulichen Siedlungsentwicklungen im Bereich Blackenfeld und ggf. Brake West mit in die Prüfung einbezogen. Ziel ist es, eine mögliche Trassenvariante aufzuzeigen, die im Zusammenspiel mit einer P+R-Station die Verkehre aus dem Nordosten aufnehmen kann und somit insbesondere die Engersche Straße und Westerfeldstraße zu entlasten.

Verlängerung der Linie 3: Gemäß dem 3. NVP soll die Prüfung der Stadtbahnverlängerung der Linie 3 mit dem Ziel Jöllenberg erfolgen. Nach ersten Betrachtungen erscheint eine Trassenführung über die Jöllenger Straße als sinnvollste Variante. Lediglich die Endpunktbetrachtung ist aufgrund der Siedlungsstrukturen Jöllengens und den wichtigen Anbindungen an die Städte Spenge und Enger auf unterschiedlichen Wegen möglich und daher integraler Bestandteil der Machbarkeitsuntersuchung. Aufbauend auf einer Festlegung des Endpunktes bzw. der Endpunkte ist die Realisierung von P+R-Stationen ebenfalls mit zu überprüfen.

Verbindung der Linie 3 und Linie 4: Als weitere wesentliche Machbarkeitsprüfung soll die Verbindung zwischen der Linie 3 (Babenhausen Süd, bzw. Voltmannstraße) und der Linie 4 mit dem zukünftigen Endpunkt Schloßhofstraße (Hochschulcampus) geprüft werden. Durch die diversen Möglichkeiten, aber auch aufgrund der vorhandenen Siedlungsstruktur, mit teils engen, verwinkelten Straßen, ist zu untersuchen, wo eine technische Umsetzbarkeit einer Stadtbahn nachgewiesen werden kann. Weiterhin sollen im Rahmen der Machbarkeitsuntersuchung mögliche Verknüpfungen mit Haltepunkten des Konzeptes S-Bahnnetz OWL 2040 näher betrachtet werden. Hierbei erscheint es sinnvoll, die Linie als Tangentiallinie in Richtung Schildesche (Viadukt) zu verlängern, um den Umstieg auf den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zu ermöglichen.

Generell sollen bei allen Prüfungen und anschließender Planung der Trassen alle Belange einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung, insbesondere des Rad- und Fußverkehrs, Berücksichtigung finden. So werden ein Abgleich des Radverkehrskonzeptes sowie der Fußverkehrsstrategie frühzeitig erfolgen und die entsprechenden Maßnahmenvorschläge bei der Ausarbeitung der technischen Planung bedacht. Auch werden die Aspekte einer vernetzten Mobilität (Mobilitätsstationen, P+R, Verkehrsleitsystem etc.) mit betrachtet.

Geplantes Vorgehen und Partizipation

Die Erarbeitung der Machbarkeitsstudie wird durch die Verwaltung und die moBiel GmbH mit Unterstützung eines externen Gutachters erfolgen. Es soll dabei das Verfahren der Machbarkeitsstudie zur Stadtbahnverlängerung Hillegossen vollständig adaptiert werden. Hierbei wurden in umfangreichen Bürgerbeteiligungsveranstaltungen Trassenanschläge für die einzelnen Stadtbahnverlängerungsmöglichkeiten mit den Bürger*innen der Stadt Bielefeld erarbeitet. Im Anschluss wurden die Trassenvarianten einzeln, aber auch im Zusammenspiel untereinander, gutachterlich bewertet. Die Ergebnisse der gutachterlichen Bewertung aller entstandenen Trassenvarianten sind daraufhin der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Hierbei wurden die vier am besten bewerteten Trassenanschläge in Hinblick auf die Haltestellenlage, das nachgelagerte Busverkehrsnetz und kritisch zu bewertende Eigenschaften diskutiert. Aufbauend auf den Bewertungs- und Diskussionsergebnissen wurden maximal zwei Varianten je Stadtbahnverlängerung auf technische und wirtschaftliche Realisierung genauer überprüft. Nach

Fertigstellung des Gutachtens wurden die Untersuchungsergebnisse neben den zuständigen politischen Gremien auch in einer Veranstaltung für die interessierte Öffentlichkeit vorgestellt. Die Gesamtkosten betragen damals rd. 11.000 Euro. Durch die erhöhte Inflationsrate ist aber derzeit noch nicht genau absehbar, wie hoch die Kosten je Veranstaltung ausfallen werden. Für das kommende Partizipations- und Informationsverfahren wird bislang von Kosten in Höhe von 16.000 € (zum Beispiel für Konzeption, Moderation, Raummiete, Getränke, Homepage, Flyer, Informationsmaterial etc.) ausgegangen

Mit der Konzeption und der daran anschließenden Durchführung der Bürger*innen-Beteiligung wird nach erfolgreicher (europaweiter) Ausschreibung der Planungsleistung, voraussichtlich im 1. Quartal 2025, begonnen. Ziel ist es, den politischen Gremien Anfang 2027 Vorschläge für Vorzugsvarianten zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Verwaltung wird im Rahmen des Projektmanagements sicherstellen, dass die zuständigen politischen Gremien kontinuierlich informiert und beteiligt werden.

Beigeordneter

Adamski

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.